

# Protestaktionen werden vorbereitet

**HAGENBACH:** Mit einer Informationsveranstaltung trat die Bürgerinitiative (BI) Hagenbach am Mittwoch an die Öffentlichkeit. Sie wurde von Gegnern der „Hagenbach-Variante“ beim B-9-Ausbau bereits vor 20 Jahren gegründet. Jetzt sieht sie das Projekt an einem entscheidenden Wendepunkt.

Es sei zwar in letzter Zeit relativ ruhig um diese Initiative gewesen, weil man zunächst Ergebnisse abwarten musste. Gleichwohl hätten die Verantwortlichen immer die Planungsschritte mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. In Mainz und Berlin Einwendungen vorgebracht und Gespräche mit Verantwortlichen geführt, informierte Gerhard Urschler die etwa 80 Besucher. Nun würde mit dem Ab-

schluss des Raumordnungsverfahrens und der Landtagsabstimmung zur Linienführung der Hagenbach-Variante ein entscheidender Schritt hin zum Planfeststellungsverfahren gemacht. Es sei deshalb an der Zeit, Aktionen des Widerstandes einzuleiten, zumal nächstes Jahr Landtagswahlen anstehen, sagte BI-Vorsitzender Stefan Scherrer.

In dieser Trassenführung unter anderem deshalb, weil das Umweltverträglichkeitsgutachten aussage, dass die Region keine weitere Straße verträgt. Politisch getrickt würde nach Meinung der BI bei der Meldung des Bienwalds an die EU als FFH-Gebiet. Dabei sei die gewünschte B-9-Trasse am Rande Hagenbachs absichtlich ausgeklammert worden. „Eine vollkommen veralteten Kostenschätzung von 80 Millionen Euro aus dem Jahr 2001, bei der ein so genannter Überflieger, eine höchst kostspielige Brückenkonstruktion beim Wörther Kreuz, einfach nicht eingerechnet wurde“ – das ist laut BI ökonomische Trickserei.

## Interview: „Bürgerbeteiligung bei Bienwald-Autobahn vorstellbar“



Im „Focus“ sprach sich Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) für neue Formen der Bürgerbeteiligung aus. Bei der „Absichtsbürgerbeteiligung“ sollen Bürger bereits dann mitentscheiden, wenn ein Gemeinderat oder eine Regierung die Absicht hat, eine Brücke, ein Autobahnstück oder ein Kraftwerk zu bauen. In jedem weiteren Stadium der Planung sollen Bürgerbegehren wie -entscheid möglich sein. Die BI Hagenbach interpretiert dies als „Gesprächsangebot“. Die RHEINPFALZ fragte Beck, welche Möglichkeiten er sieht.

Bundes- oder aber Landesrecht anzuwenden ist und dass damit unterschiedliche Verfahrensregeln gelten. Daran wird sich so schnell nichts ändern.

**Auf welcher Ebene – Verbandsgemeinde, Landkreis oder andere – sollte diese Beteiligung stattfinden?**

Das lässt sich aus heutiger Sicht noch nicht beantworten. Wenn es um Projekte des Bundes geht, ist die Bürgerbeteiligung komplizierter als bei Vorhaben des Landes, des Kreises oder der Gemeinde. Deswegen möchte ich die abgestufte Bürgerbeteiligung ja zunächst einmal für das Land Rheinland-Pfalz und die Kommunen einführen. Sicher ist aber: Über den Bau einer Bundesfernstraße kann man nicht allein auf Verbandsgemeindeebene abstimmen.

**Stimmt es, dass Sie mit Blick auf die Zeit nach einer Bürgerbeteiligung gesagt haben: „Wer dann noch demonstriert, wenn die Bagger rollen, macht sich unglaubwürdig.“**

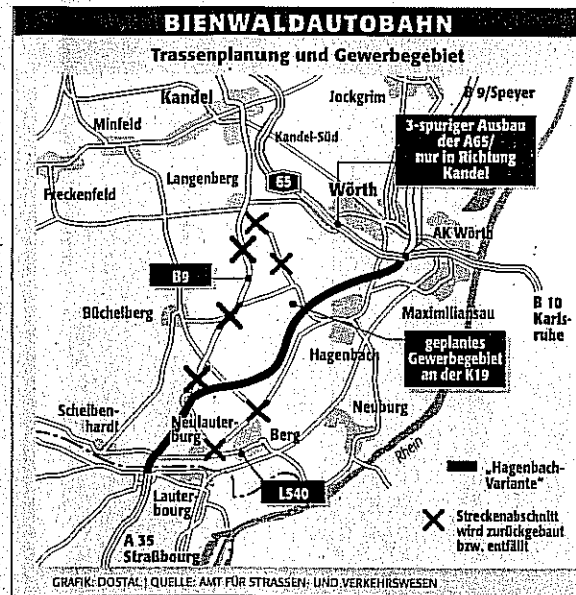
Ich habe gesagt: „In jedem Stadium sollte ein Bürgerbegehren wie ein Bürgerentscheid möglich sein. Wer dann noch demonstriert, wenn die Bagger rollen, macht sich unglaubwürdig.“ Dazu stehe ich. Denn wenn ein Vorhaben durch alle Planungsphasen die Zustimmung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürgern bekommen hat, dann sollten das auch diejenigen akzeptieren, die dagegen waren. Das heißt ja nicht, dass ich das Demonstrationsrecht einschränken will. (lap)

Unzählige alte Bäume sollen gefällt, die B9 und K15 aber wieder aufgeforstet werden.

Widersprüchliche Verkehrsgutachten seien ohne sachliche Grundlage einfach zur Hagenbach-Variante „hin gerechnet“ worden. Letztendlich zeige auch die ökologische Betrachtung pure Willkür, da unzählige alte Bäume für eine neue Trasse gefällt werden müssten, während dann zur Erlangung einer positiven Öko-Bilanz die B 9 und die K 19 aufgeforstet werden sollen. Dass dies jemals so weit kommt, bezweifelt die BI, da damit wichtige Verkehrswege abgeschnitten würden.

Die Bürgerinitiative strebt einen „Runden Tisch“ mit Politikern an.

Entscheidend ist für die BI, dass den Bürgern von Hagenbach, Wörth und Maximiliansau klar wird, welche Belastungen an Schadstoffen, Lärm und Gefahren auf sie zukommen. So berücksichtige das Lärmgutachten überhaupt nicht die exponierte Lage dieser Straße auf dem Hochufer. Egon Kropp berichtete von einem Telefonat mit dem Verfasser eines Lärmgutachtens. Dieser habe freimütig zugegeben, dass er sich niemals selbst ein Bild von der räumlichen Situation dieser Straße gemacht habe. Die erhöhte Trassenführung – mit daraus resultierender er-



höher Lärmbelastung – war ihm laut Kropp nicht bekannt.

Nach der Informationsrunde waren viele Gäste und BI-Mitglieder spontan bereit, diese schlechten Nachrichten als Multiplikatoren in ihren Vereinen und Nachbarschaften weiter zu verbreiten: „Keiner soll sagen können, er habe von nichts gewusst.“

Für das kommende Jahr wurde ein ganzes Bündel verschiedener Aktionen beschlossen. So sind Unterschriftensammlungen und eine Homepage mit regelmäßigem Sachstandsbericht geplant. Die Einrichtung eines „Runden Tisches“ mit Politikern ist angestrebt. „Phantasievolle Protestaktionen“ und offene Briefe an die SPD-Landtagsabgeordnete Barbara Schleicher-Rothmund und Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) werden vorbereitet. Derzeit werden Kontakte zu anderen Initiativen in der Südpfalz geknüpft, „um den geballten Unmut der Bürger gegen ungewollte sinnlose Großprojekte zu bündeln“, so Urschler. (bp)

## EINWURF Spiel auf Zeit?

Von Andreas Lapos

Ministerpräsident Beck kann sich ein Bürgerbegehren oder einen Bürgerentscheid zur „Bienwald-Autobahn“ vorstellen. Aber beides ist eher unwahrscheinlich. Das geht aus den Einschränkungen hervor, die Beck selbst macht. Da ist der Zeitplan für die Straßenplanung: Die soll bald konkret werden, neue Gesetze brauchen aber ihre Zeit. Und dann ist da die Frage der Zuständigkeit: Die Autobahn ist ein Bundesprojekt, über Einspruchsmöglichkeiten entscheidet der Bundestag. Sicher, dort können sich die Mehrheiten wieder ändern... Aber vielleicht hofft Beck mittlerweile in Sachen Bienwald-Autobahn wie auch viele Gegner, dass sich die Probleme mit der Zeit von selbst erledigen.